



## Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

- Drucksachen 10/3500 und 10/3740 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Hauptausschusses

Berichterstatter Abgeordneter Bürger SPD

### Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei - wird mit nachstehenden Änderungen und Ergänzungen, im übrigen unverändert angenommen.

Bericht

Allgemeines

Der Einzelplan 02 wurde in den Sitzungen des Hauptausschusses am 6. Oktober und am 24. November 1988 beraten.

Personaltitel

Gegenstand der Kritik der Oppositionsfraktionen war insbesondere die vom Ministerpräsidenten und Chef der Staatskanzlei beabsichtigte Einrichtung einer neuen Abteilung "Koordination der Wirtschafts- und Strukturpolitik/Regierungsplanung".

Hierfür wird jeweils eine Planstelle der Besoldungsgruppe B 7 (Ministerialdirigent), B 4 (Leitender Ministerialrat), A 16 (Ministerialrat) und A 13 (Regierungsrat) sowie jeweils eine Angestelltenstelle der Vergütungsgruppe V c/VI b (Dienststart 03) und VI b/VII (Dienststart 03) benötigt. Die Fraktion der CDU stellte den Antrag, bei

Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei  
Titel 422 10 - Bezüge der Beamten

und

Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten

diese 6 Planstellen und Stellen zu streichen. Angesichts der hohen Verschuldung des Landes seien diese Stellen, die das Land auf Dauer mit zusätzlichen Ausgaben belasten, nicht finanzierbar. Die neue Abteilung und damit die zusätzlichen Stellen seien darüber hinaus auch nicht erforderlich, da auf das vorhandene Personal in den Fachministerien zurückgegriffen werden könne.

Die Fraktion der F.D.P. schloß sich diesem Antrag an und erklärte einen hierzu zunächst eigenständig vorgelegten Antrag insoweit für erledigt. Darin hatte sie ausgeführt, wenn eine bessere Integration und Koordination aller Maßnahmen zur Strukturverbesserung des Landes auch wünschenswert sei, beruhe die Stellenvermehrung in der Staatskanzlei nicht auf einem plausiblen Konzept für eine größere Effizienz der Landesregierung. Insbesondere würde durch die Bildung einer zusätzlichen Gruppe "Koordination der Wirtschafts- und Strukturpolitik" innerhalb der neu zu bildenden Abteilung wegen des ungeklärten Verhältnisses zu der eigentlich zuständigen Führungsspitze im Wirtschaftsministerium die Koordination eher erschwert als verbessert.

Nach einer grundsätzlichen Erörterung der Zielvorgaben, die sich mit parlamentarischen Aktivitäten - beispielsweise aus den Anträgen zur "Effizienzsteigerung der Landesverwaltung" oder auch zur "Entbürokratisierung" sowie umfangreichen Bemühungen zur Verwaltungsvereinfachung während vergangener Legislaturperioden - verbinden, wurde der Antrag der Oppositionsfraktionen auf Kürzung der Planstellen um 4 und der Angestelltenstellen um 2 mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

#### Sach- und Investitionstitel

1. Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei  
Titel 529 10 - Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für  
 allgemeine Zwecke

Die Fraktion der CDU verwies darauf, dem Mittelansatz in Titel 529 40 - zur Verfügung des Ministerpräsidenten für Aufgaben auf kulturellem Gebiet - zuzustimmen, beantragte aber hier eine Kürzung des Ansatzes

von 305 000 DM  
 um 100 000 DM  
 auf 205 000 DM.

Dieser Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD abgelehnt.

2. Titel 529 40 - Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für Aufgaben auf kulturellem Gebiet

Die Fraktion der F.D.P. beantragte die Streichung des Mittelansatzes mit der Begründung, die Vergabe dieser für kulturelle Zwecke vorgesehenen Ausgaben sollte durch den Fachminister im Rahmen eines schlüssigen Förderungskonzepts erfolgen. Der Antrag wurde bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU mit den Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

3. Titel 531 10 - Aufgaben des Landespresse- und Informationsamtes (Öffentlichkeitsarbeit)

Die CDU-Fraktion beantragte, den Ansatz in Höhe von 2 682 200 DM um 445 000 DM zu kürzen, da sie - wie auch in den Vorjahren - einen Ansatz in doppelter Höhe des entsprechenden Mittelansatzes im Einzelplan 01 - Landtag - für angemessen und auch ausreichend hält.

Nachdem die F.D.P.-Fraktion zunächst die Kürzung um 682 200 DM beantragen wollte, weil sie die Erhöhung des Ansatzes für nicht begründbar hielt und der Auffassung ist, daß daraus zu finanzierende Aufgaben teilweise zu Lasten der die Regierung tragenden Partei und Fraktion gehen müßten, schloß sie sich dem Antrag der CDU-Fraktion an. Dieser wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

4. Titel 541 10 - Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung

Der Antrag der Fraktion der CDU auf Kürzung des Mittelansatzes um 100 000 DM wurde ebenfalls mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt. Die antragstellende Fraktion führte zur Begründung an, das bevölkerungsreichste und hochverschuldete Bundesland werde mit dem bisherigen Ansatz mit zureichendem Maße repräsentiert; eine 9%ige Steigerung sei nicht gerechtfertigt.

5. Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen  
Titelgruppe 71 - Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern
- Titel 531 71 - für die Durchführung entwicklungs-  
politischer Symposien
- Titel 681 71 - Zuschüsse für den Einsatz junger Menschen  
in den Entwicklungsländern
- Titel 684 71 - Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit

Die Fraktion der SPD beantragte, den Mittelansatz bei Titel 531 71 um 50 000 DM, bei Titel 681 71 um 80 000 DM und bei Titel 684 71 um 20 000 DM zu erhöhen.

Zur Deckung beantragte sie die Minderung des Ansatzes in Kapitel 02 060 - Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen - bei Titel 547 10 - Sächliche Verwaltungsausgaben - um 150 000 DM zu mindern.

Die Ansatzerhöhung ist nach Auffassung der antragstellenden Fraktion wegen der großen Nachfrage und des Engagements der Bürger in Nordrhein-Westfalen für Fragen der Entwicklungspolitik gerechtfertigt. Die Ansatzminderung in Kapitel 02 060 sei wegen geringerer Mietaufwendungen für das Wissenschaftszentrum möglich.

Zusätzlich beantragte sie die gegenseitige Deckungsfähigkeit der genannten Titel in der Titelgruppe 71.

Die Anträge zu Titelgruppe 71 sowie zu Kapitel 02 060 Titel 547 10 wurden bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen.

6. Kapitel 02 030 - Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann  
Titel 526 00 - Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben

Die Fraktion der F.D.P. beantragte, den Ansatz in Höhe

von 340 000 DM

um 240 000 DM

auf 100 000 DM

zu kürzen.

Die Untersuchungsvergabe auf dem Gebiet "Gleichstellung von Frau und Mann" folge keinem nachvollziehbaren Konzept. Insbesondere belege die vom Minister für Wissenschaft und Forschung vorgelegte Dokumentation über die Frauenforschung, daß wahllos Themen untersucht würden, aus denen sich umsetzbare Erkenntnisse für eine effektive Frauenförderung nicht ergeben könnten.

Dieser Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion abgelehnt.

7. Kapitel 02 050 - Landeszentrale für politische Bildung  
Titel 684 30 - Zuschüsse für Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft, die ausschließlich Lehrveranstaltungen für politische Bildung durchführen

Die SPD-Fraktion beantragte, den Ansatz in Höhe

von 24 050 000 DM  
um 750 000 DM  
auf 24 800 000 DM

zu erhöhen.

In der Antragsbegründung wies sie darauf hin, im Ausschuß für Schule und Weiterbildung habe die SPD-Fraktion eine Änderung von § 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz beantragt. Der Durchschnittsbetrag von Personalkosten der hauptberuflich tätigen pädagogischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gemäß § 20 Abs. 1 Weiterbildungsgesetz solle von 50 000 auf 55 000 DM erhöht werden. Dadurch erhöhe sich der Durchschnittsbetrag nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Weiterbildungsgesetz auf 33 000 DM. Die daraus folgende Ansatzerhöhung betrage für den Haushalt 02 insgesamt 750 000 DM.

Der Antrag wurde bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion einstimmig angenommen.

Die Erläuterungen zum Titel 684 30 sind entsprechend zu ändern.

In der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 02 mit den beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. angenommen.

Prof. Dr. Farthmann  
Vorsitzender